

[nzz.ch](https://www.nzz.ch)

# USA: Joe Biden werkelt an einer Steuererhöhung

*Christof Leisinger (cri)*

8-9 Minuten

---

## Joe Biden werkelt an der ersten grossen Steuererhöhung seit 1993

Amerikanische Unternehmen und die Wohlhabenden des Landes müssen künftig wohl mit einer höheren Steuerlast rechnen. Das bedeutet vor allem auch höhere Steuersätze und weniger Schlupflöcher.

Aufgrund Joe Bidens neuer Steuerpolitik müssen Wohlhabende und Firmen künftig wohl mit höheren finanziellen Belastungen rechnen.

**Aufgrund Joe Bidens neuer Steuerpolitik müssen**

## **Wohlhabende und Firmen künftig wohl mit höheren finanziellen Belastungen rechnen.**

Carlos Barria / Reuters

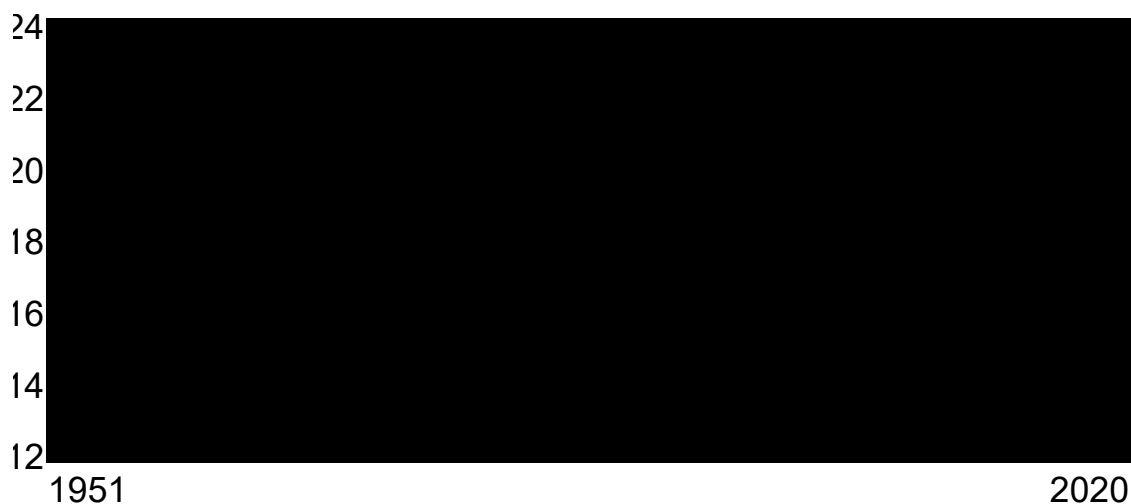
[Generöse Staatshilfen mögen in Krisenzeiten](#) schön, gut und in politischen Kreisen über alle Parteien hinweg beliebt sein. Allerdings sind Budgetdefizite von bis zu 15% bei hohen Schulden auf Dauer nicht möglich. Selbst im Land der scheinbar unbegrenzten Möglichkeiten nicht. So zeigt sich in den USA derzeit der wesentliche Unterschied zwischen den Republikanern und den Demokraten – die einen plädieren trotz notorisch aufklaffender Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben für niedrige Steuern. Die anderen dagegen haben offensichtlich keinerlei Hemmungen, über höhere Obolusse nachzudenken.

### **Höhere Steuern für «das Gute»?**

Vor allem dann nicht, wenn es um «das Gute» geht. Wenn also die steigenden Staatseinnahmen dazu dienen sollen, die «lange von den Kapitalisten notorisch vernachlässigte Infrastruktur des Landes» auf Vordermann zu bringen, um für eine «fairere Steuerpolitik» zu sorgen und um gleichzeitig gegen den Klimawandel vorzugehen. Tatsächlich hatten Präsident Joe Biden und Finanzministerin Janet Yellen [schon früh durchblicken lassen](#), die Steuerpolitik gezielt einsetzen zu wollen, um sicherzustellen, dass die Wirtschaft mehr Wohlstand für mehr Menschen schafft und amerikanische Arbeitnehmer in einer zunehmend kompetitiven globalen Wirtschaft konkurrieren können.

### **Die Schere geht weiter auf**

## USA, in Prozent des Bruttoinlandprodukts



Offensichtlich bereiten Fachleute derzeit ein Massnahmenpaket vor, das eine Erhöhung sowohl des Unternehmenssteuersatzes als auch des individuellen Steuersatzes für Besserverdienende beinhalten könnte. Dem Vernehmen nach wird es zwar nicht zur Einführung einer direkten Vermögenssteuer kommen, wie sie von der linkslastigen demokratischen Senatorin Elizabeth Warren immer wieder gefordert wurde. Trotzdem müssen Wohlhabende und Firmen künftig wohl mit höheren finanziellen Belastungen rechnen.

Zunächst will man die meisten Regelungen aufheben, mit welchen Präsident Donald Trump im Jahr 2017 viele Firmen und vermögende Einzelpersonen begünstigt hatte. Des Weiteren möchte man den Steuercode progressiver gestalten, um wirtschaftlich Gutgestellte künftig stärker zu belasten als in der Vergangenheit.

### **Folgende Vorschläge kommen in Betracht:**

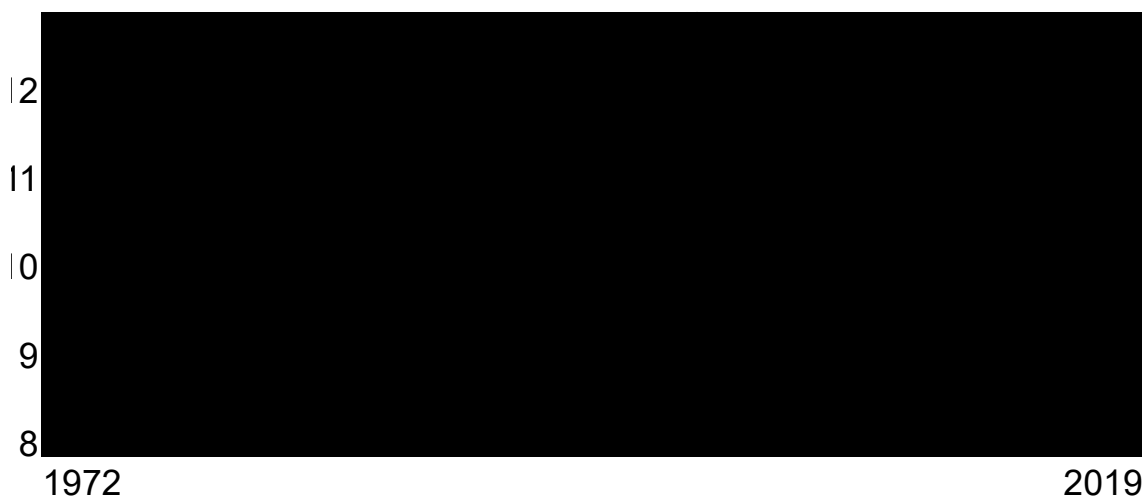
- Anhebung des Körperschaftssteuersatzes von 21 auf 28%.
- Abbau von Steuervergünstigungen für sogenannte «Pass-through-Unternehmen» wie zum Beispiel Gesellschaften mit beschränkter Haftung oder Personengesellschaften.

- Erhöhung des Einkommenssteuersatzes für Privathaushalte mit einem Jahreseinkommen von mehr als 400 000 \$.
- Ausweitung der Basis für die Erhebung der Erbschaftssteuer.
- Ein höherer Kapitalertragssteuersatz für Personen, die mindestens 1 Mio. \$ jährlich verdienen.
- Intensiveres Vorgehen gegen Steuerbetrüger.

Tatsächlich scheinen alle Unternehmen und Personen ins Visier der Überlegungen und der möglichen Massnahmen geraten zu sein, die in der Vergangenheit besonders von den verschiedenen staatlichen Rettungsmassnahmen und insbesondere auch von der unglaublich expansiven Geldpolitik der amerikanischen Notenbank profitiert haben. Diese hat die Preise von Vermögenswerten in die Höhe getrieben und zu einer sehr ungleichen Verteilung der Vermögen geführt. Wie verschiedene Analysen zeigen, haben vor allem die Superreichen vom jüngsten Boom an den internationalen Finanzmärkten profitiert.

### **Der Trend zeigt nach unten**

Steuereinnahmen der USA, in Prozent des Bruttoinlandproduktes



Das hat nicht nur damit zu tun, dass wenige relativ viel besitzen, sondern auch mit der Erfassung und der Erhebung der Steuern selbst. Immerhin hat eine Analyse der Steuerbehörden im Jahr 2019 ergeben, dass in der Vergangenheit viele Unternehmensgewinne, Mieten und Tantiemen unversteuert blieben, weil es keine entsprechenden Erfassungsmöglichkeiten gab. Auf diese Weise sollen dem amerikanischen Bundesstaat allein in diesem einen Jahr mehr als 600 Mrd. \$ Einnahmen entgangen sein. Sollte diese Einkommenslücke geschlossen werden, sähe die Staatsbilanz künftig etwas solider aus als in der Vergangenheit.

## Steuern sollen besser erfasst werden

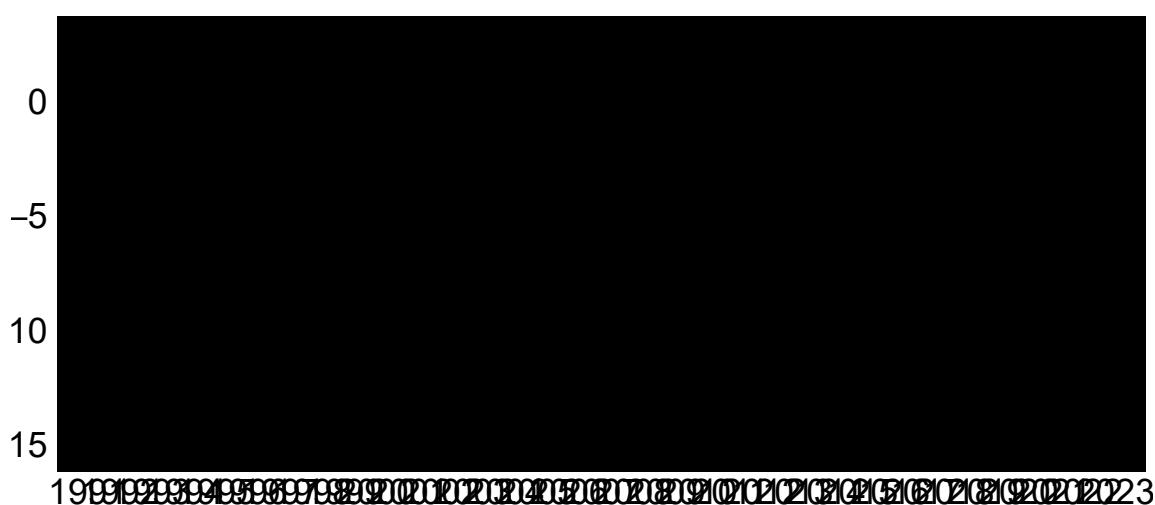
Ein Forschungspapier des [National Bureau of Economic Research](#) kommt zu einem ähnlich verblüffenden Ergebnis: Demnach soll das reichste Prozent der privaten Haushalte in den USA etwa 21% ihrer Einkommen nicht melden, die sie aus Offshore-Gesellschaften, Partnerschaften und sogenannten Pass-throughs erzielen. Die Einkommen der Vermögenden seien höher als allgemein angenommen, heisst es, und längst gibt es Vorschläge, wie solche Einkünfte künftig erfasst und gleichzeitig mit den Bankdaten verknüpft werden sollten. Die Verknüpfung werde die Leute zu mehr Redlichkeit bewegen. Letztlich nehme nicht die Steuerschuld zu, sondern nur die Höhe des Betrages, der am Ende des Tages an die Steuerbehörde abzuführen wäre, so die Logik.

Steuererhöhungen sind umstritten, aber gleichzeitig ein zentraler Punkt in Bidens ökonomischer Agenda. Tatsächlich werden die neuen Regeln vermutlich erst im kommenden Jahr gelten. Die Regierung findet es offensichtlich zu riskant, zu früh an den entsprechenden Stellschrauben zu drehen – also in

einer Phase wie jetzt, in der sie mit einer massiven Erholung der amerikanischen Wirtschaft von der Corona-Krise und vor allem auch mit einer rasanten Besserung der Lage am Arbeitsmarkt rechnet. Sie möchte diese Entwicklung auf keinen Fall gefährden.

## Die USA haben 2020 tiefrote Zahlen

Budgetdefizit in % des BIP



Eine unabhängige Analyse des ursprünglichen Steuerplans der Biden-Wahlkampf-Kampagne, die vom [Tax Policy Center](#) durchgeführt wurde, kommt zum Ergebnis, dass er über ein Jahrzehnt hinweg ohnehin nur etwa 2100 Mrd. \$ einbringen würde. Das wäre zu wenig, um ein Infrastrukturpaket zu finanzieren, das etwa das Doppelte davon kostet und dem Kampf gegen den Klimawandel, dem Ausbau des Sozialstaates und eben auch der Sanierung der amerikanischen Infrastruktur gewidmet ist.

Folglich dürften die Pläne im Kongress auf Widerstand stossen, vor allem auch im Senat. Die Diskussionen werden voraussichtlich nicht einfach werden, da die Demokraten dort nur über eine hauchdünne Mehrheit verfügen. Die Moderaten haben bereits ihre Bedenken angemeldet: Die geplanten

Steuererhöhungen reichten nicht aus, um all die angedachten neuen Stimulierungsmassnahmen zu finanzieren, argumentieren sie. Weitere Verbindlichkeiten lassen sich in ihren Augen kaum vermeiden. Dabei hat der amerikanische Schuldenstand im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung die 100%-Marke längst überschritten und damit ein Niveau erreicht, ab dem er [kontraproduktiv und schnell zur Last werden](#) kann.